

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

21. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (7. Januar.)

11 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg mit zahlreichen Com-

missarien.  
Das Haus ehrt zuvörderst das Andenken des am 23. v. M. verstorbenen Abg. Böhm (2. Coblenzer Wahlbezirk). Der Abg. Janßen hat sein Mandat nieder-gelegt. Es kommen zwei Schreiben an den Präsidenten v. Jordan bed zur Verlesung, das eine vom Fürsten Bismarck: „Mittels der abstrichlich aus-liegenden Allerhöchsten Ordre vom gestrigen Tage haben Se. Majestät der Kaiser geruht, mich vom Präsidium des preussischen Staatsministeriums mit der Bestimmung zu entbinden, daß der Vorsitz im Staatsministerium an den ältesten Staatsminister übergehen soll. Hiernach wird dieser Vorsitz von dem heutigen Tage ab vom Kriegsminister Grafen von Roon über-nommen werden. Berlin, den 22. December 1872. Beigelegt ist die Ab-schrift der bekannten Cabinetsordre an den Fürsten. Das zweite Schreiben ist vom Ministerpräsidenten Grafen v. Roon, in welchem derselbe die Er-nennung des Generals v. Kamelke zum Staatsminister anzeigt.

Die zweite Verlesung des Staats des Ministeriums des Innern leitet der Abg. Lasker durch folgende Bemerkung ein: Am letzten Tage vor den Ferien habe ich den Antrag unterstügt, den heutigen Gegenstand der Beratung, von der Tagesordnung abzulenken. Es schwebte damals nach ziemlich glaubwürdigen Nachrichten ein Schritt der Regierung, den ich vorher zur Sprache bringen wollte. Es sollte, ich weiß nicht von welchem Minister, eine Androhung gegen Mitglieder dieses Hauses erlassen sein, daß sie entweder ihr Mandat niederlegen sollten, oder aus ihrem Amte entfernt werden würden. Solche Androhung schien mir ein gegen das ganze Haus gerichteter Schritt zu sein, der als solcher, nicht als Privatangelegenheit der betreffenden Mitglieder, sondern vom ganzen Hause hätte discutirt und zurückgewiesen werden müssen.

Nun aber ist mir auf genaue Erkundigung zur Kenntniß gekommen, daß diese Androhung von keiner der maßgebenden Autoritäten mit ihrer Verant-wortlichkeit vertreten wird und, daß es richtig angenommen, liegt somit augenblicklich keine Veranlassung vor, den Gegenstand weiter zu erörtern; ich lasse ihn fallen, weil solche Erörterungen immer peinlich sein würden für die Mitglieder des Hauses, die von einer solchen Androhung berührt worden wären. Ich nehme also an, daß wir in der That falsch berichtet gewesen sind, oder daß Dinge, die vorbereitet gewesen sind, wieder rückgängig ge-macht sind. Sodann aber ist während der Ferien im Kreise der Regierung eine Wandlung vor sich gegangen, die unsere Aufmerksamkeit in hohem Grade in Anspruch nehmen muß. Der Umstand, daß ein Mann, wie der Fürst Bismarck, von der formalen Leitung des Ministeriums zurücktritt, ist schon an sich von so großer historischer Bedeutung, daß ein lebhaftes In-teresse im ganzen Lande vorhanden ist, zu erfahren, welches wohl die Motive zu diesem Schritte gewesen sein mögen. (Sehr richtig!) Man pflegt sich sonst wohl bei der Presse zu erkundigen; indessen hat selbst diejenige Presse, die man gewöhnt ist, für sehr zuverlässig und mit Autorität bekleidet zu halten, diesmal so eigenhümliche Quersprüche gemacht, und ihre Mittheilungen haben sich so ganz als wahrheitswidrig erwiesen, daß wir annehmen müssen, es sei keiner d., der eine Verantwortung für diese offiziellen Auslassungen irgend übernehmen möchte. Daß ferner diese Wandlung gar nicht in der ersten Weise, wie sie wenigstens dem Publikum zuerst erschienen ist, auftritt erhalten, sondern daß an die Stelle des Fürsten Bismarck der Graf Roon getreten ist, ist ein zweiter Umstand, der vielfach das Nachdenken anregt und zwar aus Gründen, die gerade mit dem Etat des Ministeriums des Innern in Verbindung stehen. Es soll nämlich Graf Roon seine Entlassung ange-boten haben, weil er bezüglich der Kreisordnung nicht im Einklange mit seinen übrigen Kollegen sich befand. Wenn nun der Graf Roon an die Spitze des Ministeriums getreten ist, so tritt naturgemäß die Frage in den Vorder-grund, ob nicht in dem weiteren Fortschritt dieser Reformen ein Stillstand eintreten oder wenigstens ein anderer Weg eingeschlagen werden soll, als ursprünglich beabsichtigt war.

Ich glaube, wir dürfen mit einiger Zuversicht erwarten, daß die Regie-rung in nächster Gelegenheit nehmen werde, der Volksvertretung über die Bewegung im Ministerium Aufklärung zu geben. Vielleicht würde eine andere Volksvertretung geglaubt haben, in der Beratung des Etats nicht weiter vorgehen zu können, so lange diese Dunkelheit noch obwaltete. Wir aber, m. S., haben von 1866 an gelernt, bei dem zweipoligen Zustand der Regierung, der ja so vielerlei Wandlungen erfahren hat, zum Theil durch Wandlungen von Personen, zum Theil durch Wandel von Tendenzen in den-jenigen Personen, welche geblieben sind, das sachliche Vorgehen zu trennen von den Personen, so weit nicht die Personen als Hindernisse dieses Vor-gehens auftreten. Indem nun die Sache so liegt, und indem ich für meine Person von der Ueberzeugung getragen bin, daß diejenige Richtung, welche nothgedrungen das zum Theil conservativ Ministerium bisher hat befolgen müssen, nicht etwa durch ein persönliches Verleihen, sondern durch den Zwang der deutschen Verhältnisse dictirt worden ist und daß diesem Zwang ein eigentlicher Widerstand mit Erfolg in keiner Weise wird entgegenge-setzt werden können, bin ich für meine Person beruhigt. Ich nehme aber an, daß die Gelegenheit von der Regierung selbstständig benutzt werden wird, um dem Lande eine Erklärung zu geben von der Volksvertretung, welche ein Recht darauf hat, zu wissen, was derartige Beschlüsse bedeuten. Nach mei-nem Geschnade würde eine solche Erklärung am wirksamsten sein, wenn die Regierung mit ernstlichen Maßregeln vorgehen würde, die gewissermaßen sich selbst erklären, wenn sie durch Regierungsakte und thun würde, daß diese ihre Wandlung keineswegs eine Hemmung auf der bisher beschrittenen Bahn sein solle. Ich glaube aber, daß die jetzt bestehende Unsicherheit hierüber uns nicht hindern soll, den heutigen Etat sachgemäß zu beraten, weil wir überall die sachgemäße Veranlassung zu trennen wissen von der Personenfrage. Aus diesem Grunde enthalte ich mich bei dieser Gelegenheit jedes weiter-gehenden Antrages.

Der Fürst proponirte, als auswärtiger Minister Mitglied des Ministeriums zu bleiben, das Präsidium zunächst dem ältesten Minister abzutreten und auf diese Art Zeit zu gewinnen, die ihm speciell obliegenden Geschäfte mit voller Verantwortlichkeit zu erfüllen, zugleich aber an den preussischen Geschäften so weit Theil zu nehmen, als seine Specialgeschäfte es ihm gestatteten und mit dem preussischen Ministerium in so innerem Zusammenhang zu bleiben, daß das Ministerium nicht aufhörte, Ministerium Bismarck zu sein. In dieser Weise hat sich die Umgestaltung des Ministeriums vollzogen. Daß der älteste Minister, Graf Roon, demnach auch zum Ministerpräsidenten ernannt worden ist, ändert in dieser Sachlage und in dieser Auffassung nichts; Seine Majestät haben es nicht für geeignet gefunden, das Ministerium bloß im Allgemeinen unter dem Vorhine des ältesten Ministers fungieren zu lassen, dieses Präsidium auch dazzu zu fixiren, daß dem ältesten Minister der Titel Ministerpräsident gegeben worden ist. In der Sache ändert das nichts. Wenn Sie — und ich glaube, Sie haben keine Veranlassung, daran

zu zweifeln — davon überzeugt sind, daß der Fürst in seinem Verhältnisse zum Ministerium bleiben wird, wie er war, dann meine ich, thun Sie doch gut, Befürchtungen und Beunruhigungen eintheilen zurückzudrängen. War-ten Sie auf dasjenige, was Herr Abgeordneter Lasker richtig bezeichnet hat, auf Maßregeln, die für sich selbst sprechen, und ich glaube, Sie werden noch im Laufe dieser Session zu der Ueberzeugung kommen, daß, so betrübend es Ihnen in dieser Beziehung sein mag, daß Fürst Bismarck nicht mehr for-mell an der Spitze des Ministeriums steht, in der Sache selbst doch wesent-lich nichts geändert ist.

Abg. Birchow: Es würde für das Land beruhigender gewesen sein, hätte der Herr Ministerpräsident selbst die eben gelesene Erklärung gegeben (sehr richtig! links). Ich fürchte, daß der Herr Minister des Innern eben-so vom Ministerpräsidenten demittirt werden möchte, wie die „Provincial-Correspondenz“ vom „Staatsanzeiger“. Beruhigendere Erklärungen sind gar viele ins Land gegangen und von einem Tage zum andern hat sich er-gaben, daß die dem Herrn Minister des Innern unterstellten Beamten schlecht unterrichtet waren. Ob Graf Eulenburg dieselben nicht gehörig unterrichtet hat, ob er sie nach ihren eigenen Inspirationen das Land beruhigen ließ, oder ob er selbst bei Ertheilung seiner Informationen über die Situation in einer Täuschung war, — das zu hören wäre interessant, weil man daraus sehen könnte, in wie weit er sicher ist, daß seine eben abgegebenen Er-klärungen für die Zukunft zutreffen werden. Denn ein Widerspruch liegt doch in dem, was er eben sagte. Er urteilt immer, es habe sich darum ge-handelt, nicht eine bloß formelle Aenderung herbeizuführen; der Gegen-satz dazu sollte doch eine materielle Aenderung sein. Nun sagt er aber in dem-selben Zusammenhange, in der Sache ist nichts geändert, das Ministerium bleibt ein Ministerium Bismarck. Ich will nicht auf das Gebiet der abstrakten Persönlichkeit bewiesen hat. Mit Recht hat man ihn den Keil genannt, der das alte liberale Ministerium stürzte und so könnte vielleicht wieder Herr von Roon ein solcher Keil werden. Warum sollen wir uns ferner der Perspektive verschließen, daß er einmal zum Reichkanzler von Deutsch-land berufen werden könnte? Sie müssen, meine Herren, eine gewisse Con-sequenz der Dinge anerkennen.

Daß Fürst Bismarck einst das allgemeine directe Wahlrecht einführen mußte, hat ihm vor 10 Jahren auch Niemand gesagt, und wenn Herr von Roon bei seiner Geburt die Reichskanzlerwürde nicht prophezeit worden ist, so könnte nach der Logik der Dinge doch einmal der preussische Minister-präsident diese Stelle einnehmen. Es ist hier zwar nicht der Ort, diese große Politik zu debattiren, aber die besondere Stellung, die Herr von Roon in der Kreisordnungsfrage eingenommen hat, muß uns doch zu denken geben. Sie alle, meine Herren, werden sich erinnern: damals, als das liberale Mi-nisterium seine Kreisordnung vorlegte, waren Sie noch in der Lage, eine Kreisordnung mit viel weniger einschneidenden Bestimmungen zu haben, damals war es Ihnen und vielleicht auch Herrn von Roon ganz recht, daß das Ding in den Brunnen fiel. Herr v. Roon hat seitdem immer daran gearbeitet, diese Entwicklung nicht vorwärts gehen zu lassen und wie Herr Lasker schon gesagt hat, bei der letzten Katastrophe des Herrenhauses ist er so weit gegangen, daß er sich als entscheidender Gegner der Kreisordnung dargestellt hat, daß er in Folge der zu ihrer Durchbringung nothwendigen Schritte sein Entlassungsgesuch eingebracht hat. Was kann es nun bedeuten, daß wir ihn plötzlich an der Spitze des Ministeriums sehen? (hört!), und glaubt denn der Herr Minister des Innern bei seinen Reformen sich des Einflusses des Ministerpräsidenten ledig zu setzen? (Sehr richtig!) Die Stel-lung des Ministerpräsidenten soll doch die leitende im preussischen Mini-sterium sein. Wie kann man denn glauben, daß Herr von Roon auf seinen Einfluß, den er beanspruchen kann und sogar verfassungsmäßig beanspruchen muß, verzichten und die Hände in den Schoß legen werde, daß er mit Freu-digkeit den Minister des Innern bei der Ausführung der Kreisordnung unterstützen werde, während er früher bei der Kreisordnung seine Entlassung gefordert hat?

Ja, meine Herren, ich darf wohl daran erinnern, daß nicht allein die Ernennung des Ministerpräsidenten überrascht hat, wir haben um dieselbe Zeit gesehen, daß ein hervorragendes Mitglied, welches wir früher auf jener Seite (nach rechts) so oft in Ihrem Sinne haben plaidiren hören, in eine der einflussreichsten Stellungen im Staatsministerium gerückt ist; ja, daß in jedem Augenblick, wenn einmal die Frage der Vorsehung der Oberpräsidien aufstand, das zweite Mitglied, welches immer nach derselben Seite agirte, sein Haupt, wenigstens den Schatten seines Hauptes sehen läßt. (Sehr gut! Heiterkeit!) Also, meine Herren, die Sachen gehen vorwärts in dem Sinne, daß das gegenwärtige Ministerium immer mehr in das conservativ und zwar in das altservativ Lager treibt — nicht, daß wir darüber beunruhigt würden, denn wir haben nie daran gezweifelt, daß in den entscheidenden Kreisen die Sympathien mit den Conservativen die hervorragenden sind, und daß der Feudalismus bei uns keineswegs gebrochen ist. Unsere ganze Thä-tigkeit beruht ja wesentlich darauf, daß wir uns bemühen, den Kampf gegen diese unbedingte Exaltation zu führen, und wir würden uns vielleicht unwohl fühlen, wenn gar kein Feudalismus in Preußen mehr vorhanden wäre. (Große Heiterkeit!) Also wir werden mit jenen Kräften auch in dieses Stadium eintreten. Aber wenn der Herr Minister des Innern immer noch fortfahren will mit falmirender Politik, wenn er uns immer noch sagen will: es ist das alte Ministerium Bismarck, da muß ich sagen: ich bedarf all-rings be-stimmterer Erklärungen, als diejenigen, die der Herr Minister des Innern zu geben im Stande ist. Ich würde es sehr begreiflich gefunden haben, wenn bei einem so entscheidenden Wendepunkt der Politik das gesamte Staats-ministerium mit einem Programm vor das Land getreten wäre. (Oho! rechts; sehr wahr! links.)

Es handelt sich nicht um die Frage des Feudalismus allein, sondern auch um die Frage des Ultramontanismus, um die Position Preußens in Deutschland und, wie wir wohl nicht umhin können zu sagen, um die weite-re Position, welche Preußen und Deutschland in der heutigen Culturbe-wegung einnehmen soll. Das alles hängt damit zusammen und ist wichtig genug, um uns die bloße Verhütung, als handle es sich nur um eine Er-leichterung für den Reichkanzler, als nicht befriedigend erscheinen zu lassen. Die preussischen Minister haben doch immer, wenigstens theoretisch ihre Verantwortlichkeit anerkannt, und im Zusammenhange mit derselben müssen sie auch mit Bestimmtheit ihre Stellung zu den großen Aufgaben des Volks und der Regierung bezeichnen. Das vermessen wir, das verleiht uns in ein Gefühl der Unsicherheit, die uns in diesem Augenblick beunruhigt, weil die ersten Voraussetzungen, die für die regelmäßige Fortführung des religiösen Kampfes nöthig waren, in demselben Augenblick in Frage gestellt werden, wo die Wendung in der Leitung des Ministeriums eingetreten ist. Daher constatire ich hier, daß Niemand im Lande, soweit meine Kenntniß der Stimmung reicht, sich eigentlich sicher fühlt in dem, was kommen wird. Mit Unsicherheit und Zweifel sieht jeder in die Zukunft, und sollen wir uns entschließen, wieder in offene Opposition zu treten, so werden wir es ohne Bedenken thun, aber wir wünschen zu wissen, wie wir es thun müssen. Auch wir verlangen, daß die Regierung uns sage, was sie will, um darnach zu bemessen, ob wir sie als eine freundliche oder feindliche zu betrachten haben. (Bravo!)

Minister des Innern: Ich möchte zuerst ein paar Worte sagen über die Bemerkungen, die zur Haltung der offiziellen Presse gemacht wor-den sind. Zum Theil wurde sie als wahrheitswidrig dargestellt, zum Theil als sehr schlecht unterrichtet. Nun, wahrheitswidrig, da weiß ich nicht, worauf sich das beziehen kann, schlecht unterrichtet, insofern vielleicht, als wenn man am Mittwoch etwas drucken muß, man unmöglich das drucken kann, was erst am Donnerstag geschieht und was man bis dahin nicht mußte! (Hört! hört!) Sie wissen, daß die „Provincial-Correspondenz“ am Mittwoch erscheint, wenn nun beispielsweise am Dienstag verhandelt und beschlossen wird, daß der Ministerpräsident den Posten als Ministerprä-sident aufgeben will, und daß der älteste Minister den Vorsitz übernehmen soll, und wenn man weiß, daß Se. Majestät sich mit diesen Gedanken ein-berathen erklärt haben, daß aber Weiteres, wie sich das nun formell gestalten soll, noch vorbehalten wird, so kann das offizielle Blatt nichts An-deres schreiben. Und wenn nun in den nächsten acht Tagen der Beschluß gefaßt wird, der älteste Minister soll nicht bloß dem Anciennitätsverhältnisse

nach, sondern als wirklicher Ministerpräsident den Vorsitz des Ministeriums führen, so kann die nächste „Provincial-Correspondenz“ doch nichts thun als sagen: So ist es gekommen. Wenn zwischen einem und dem andern Mitt-woch diese Wendung eintritt, so mögen Sie sagen: Die „Provincial-Correspondenz“ ist schlecht unterrichtet; wäre Alles einen Tag früher ge-kommen, so wäre sie vielleicht besser unterrichtet gewesen. Das ist eben das Schicksal der Zeitungen.

Nun aber will ich vorbehalten, was bei Gelegenheit der Mini-sterpräsidenten Graf Roon Ihnen sagen wird, doch in seiner Abwesenheit hervorheben, daß die Voraussetzungen, von denen meistens bei der Be-urtheilung seiner Haltung während der Kreisordnungsfrage ausgegangen wird, wirklich nicht zutreffen. Graf Roon war natürlich als Kriegsminister und diesen Gelehrungsarbeiten ferner stehend bis zu einem gewissen Zeit-punkte hin über die wirkliche Tragweite jedes einzelnen Paragraphen der Kreisordnung nicht so informiert, wie es derjenige Minister sein muß, der die Sache vertritt, oder derjenige, der sonst näher bei der Ausführung des Gesetzes theilhaftig ist. Je mehr die Sachen sich zuspitzen, desto mehr trat, wie das in der Natur der Sache liegt, an jeden einzelnen Minister der An-spruch heran, sich sehr genau mit der Tragweite jedes Paragraphen des Gesetzes bekannt zu machen und sich über seine Stellung zu demselben zu certifiziren. Als der Kreisordnungsentwurf im Herrenhause abgelehnt war, und es nun darauf ankam fernere Schritte zu beraten, ist auf Instanz des damals stellvertretenden Ministerpräsidenten Grafen Roon noch einmal zu einer ganz speciellen Durchberatung geschritten worden, und ich kann ver-sichern, daß dasjenige Project, welches ich die Ehre hatte Ihnen vorzulegen und welches jetzt Gesetz geworden ist, von Anfang bis zu Ende die Zustimmung des Grafen Roon erhalten hat. Das kann ich positivistisch versichern.

Ein Zeichen dafür ist, daß Graf Roon, der die Thronrede hielt, mit eigenem Munde diejenigen Rundgebungen machte, welche die Vorläufer zu demjenigen waren, was jetzt zur Thatsache geworden ist. Sein Abschieds-gesuch hängt mit der Kreisordnungsfrage gar nicht zusammen, sondern es haben da gewisse persönliche Rücksichten eine Rolle gespielt, die ich nicht in der Lage bin, auseinanderzusetzen, die ich auch im Detail nicht weiß. Eine Befestigung dieser persönlichen Rücksichten ist die Veranlassung gewesen, daß er hinterher wieder eingetreten ist, nachdem er die Verhütung erlangt hatte, deren er zu bedürfen glaubte. Ich kann aber versichern, daß die Kreis-ordnungsfrage, so wie sie zuletzt behandelt worden ist, kein Gegenstand der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Grafen Roon und dem übrigen Staatsministerium gewesen ist. Ebenso ist die Frage wegen der Verklärung des Herrenhauses principiell kein Gegenstand der Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und uns gewesen, und nur über die Art, wie der Paarschub zu Stande zu bringen sei, haben sich Meinungsverschiedenheiten heraus-gestellt, die sich hinterher ausgeglichen haben. Nun weiß ich in der That nicht, wie nach dieser einfachen Darlegung der Sache noch jetzt vom Mini-sterium ein Programm verlangt werden kann. Wir bekreiten ja eben, daß irgend eine wesentliche Aenderung in der Zusammenfassung statgefunden hat; ein Programm würde der Sache erst recht die Wendung geben, als kämen wir als neue Mitglieder und mit neuen Intentionen zusammen. Sehen Sie als unser Programm unsere Thätigkeit seit der Zeit an, wo wir zusammen sind, und Sie werden die Festhaltung unseres Programmes in den Maßregeln finden, welche Ihnen von uns werden unterbreitet werden.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich weiß nicht, ob es vielleicht daran liegt, daß es heute im Hause auffallend dunkel ist, aber ich bin durch alle hier gegebenen Erklärungen gar nicht erleuchtet. Die Veränderungen, die wir erlebt, haben mich vollkommen kalt gelassen; denn ich habe mir dasselbe gesagt, was heute der Minister des Innern sagte: es bleibt Alles beim Alten. Ich hätte daher gar nicht das Wort ergriffen, wenn nicht die Herren Lasker und Birchow eine mir fast unerklärliche Mangelhaftigkeit und Beunru-higung gezeigt hätten. Eine Erklärung hierfür hätte man vielleicht finden können in dem Datum der Veränderung. Der 21. December ist auch der Tag der Sonnenwende, und man könnte denken, es wäre allerdings eine Wendung eingetreten, um endlich aus den düsteren Färgängen unserer in-neren Politik herauszukommen. Diese Furcht scheint die Herren zu beherr-schen. Inbegriff der 21. December ist auch der Gedächtnistag des Apostel Thomas, des Zweiflers, und darin liegt schon ein großer Trost; denn es bleibt der Zweifel übrig, ob wirklich die Wendung, die ich meinerseits be-grüßen würde, eintritt. Endlich aber ist der 21. December auch noch der kürzeste Tag im Jahre, und ich will wünschen, daß die Neubildung im Mi-nisterium nicht so etwas von dem kürzesten Tage an sich hätte. Allerdings aber haben die Vorgänge eine große staatsrechtliche Bedeutung. Von einem Programm will ich gar nicht sprechen. Man kann wunderschöne Programme schreiben; es kommt darauf an, was davon gehalten wird. Zum Programm schreiben haben wir ja die „Provincial-Correspondenz“, die wenigstens das Verdienst hat, dann und wann kurze Stylübungen zu liefern, Inbegriff nie.

Dann fragt es sich, so sehr ich anerkenne, daß die Krone die unbedingte Verechtigung in der Wahl der Personen hat, weshalb ich mich auch jeder Aeufzerung über Personen, die berufen oder entlassen sind, enthalte, ob wir nicht darauf Bedacht nehmen müssen, uns klar und bewußt zu werden, wie denn eigentlich das Staatsministerium componirt werde und welche Stellung darin der Präsident zu den andern Ministern habe; denn sonst könnten wir erleben, daß wir nach den Erfahrungen eines Paarschubs unter Umständen auch einen Ministerclub bekämen. (Heiterkeit.) Meine Herren, die Sache ist sehr ernst. Herr Birchow hat bereits auf die Verantwortlichkeitsfrage hingewiesen, und darauf allein hat die Volksvertretung zu achten. Wenn es zulässig ist, daß zunächst in das Staatsministerium ein Minister geschickt wird für viele und die wichtigsten Dinge, wie der Staatsminister Delbrück, dessen Aufgabe für das Staatsministerium in keiner Weise definiert ist, der niemals hierher kommt, von dessen Thätigkeit und Verantwortlichkeit wir gar nichts wissen; wenn dann im Ministerium der Vorsitz geändert wird, und die Provincialcorrespondenz sagt, Bismarck wird das Präsidium führen und morgen ein neuer Ministerpräsident kommt mit einem Adlatus, von dem wir wieder nicht wissen, was seine Stellung im Staatsministerium und wie sein Verhältnis zum Präsidenten desselben ist, — dann ist es in der That an der Zeit, die organische Einrichtung des Staatsministeriums ins Auge zu fassen und sich darüber klar zu werden, ob wir nicht bestimmte Anträge zu stellen haben. Diese Frage lassen Sie uns ernst und besonnen erwägen und die anderen Geschichten lassen Sie bei Seite.

Es wird ja auch für diese die Gelegenheit kommen und der Abg. Birchow mag sich beruhigen: er wird die Gelegenheit haben, kirchliche Reden zu halten. Dann werden wir aber auch dazu beitragen können, die Frage klar zu stellen, wie sich das preussische Staatsministerium zur Leitung und Regie-rung des Reiches eigentlich verhält. Ich habe diesen Punkt bisher noch niemals zur Sprache gebracht, weil ich mir sagen mußte: wir haben doch im Abgeordnetenhaus wie im Reichstage den Fürsten Bismarck als den verantwortlichen Mann vor uns. Nachdem er uns aber, wie jetzt geschehen, zum guten Theil in seiner Verantwortlichkeit enttrübt ist, kann ich dieses Schweigen nicht mehr beobachten und muß absolut darauf dringen, daß wir hierin Klarheit gewinnen. Wäre die jetzige Einrichtung als eine dauernde zu betrachten, so würde es allerdings sehr fraglich erscheinen, ob Preußen noch das Präsidium im Reiche hat, und der Anschein entstehen, als ob das Präsidium von Preußen auf einen Mann übergegangen ist. Diese Seite der Sache ist außerordentlich weittragend. Das Abgeordnetenhaus allein kann ja das auch gar nicht lösen. Es wird die Reichsgewalt und Reichs-autorität dabei mitwirken haben. Aber die Frage wird und muß erörtert werden. Ich habe nicht gemocht, daß sie heute schon angeregt werden würde und bin darum noch nicht vollständig vorbereitet, bestimmte Anträge anzu-bringen; aber es ist doch sehr gut, daß die Sache bei Zeiten zur Sprache kommt, damit wir alle darüber nachdenken und auch die Presse im Stande ist, diese Umstände zu erwägen.

Abg. v. Kardorff: Darin hat der Vorredner Recht, daß es unbillig wäre, schon jetzt ein Programm von dem Ministerium zu verlangen; das beste Programm ist das Vorlegen guter Gesetze und die hat der Minister versprochen. Es ist nun allerdings eine Frage von eminenter Wichtigkeit, ob es im Interesse des preussischen Staates ist, daß der Ministerpräsident und der deutsche Reichkanzler ein und dieselbe Person sei. Die Bedenken gegen die Trennung beider Posten halte ich für sehr erheblich. Wenn aber der Vorredner noch auf die gesammte Bildung unseres Staatsministeriums hin-



gewiesen und uns Anträge verheißt hat bezüglich der Bildung des Staatsministeriums und bezüglich der ganzen staatsrechtlichen Stellung derselben, so fürchte ich allerdings, diesen Anträgen nicht zustimmen zu können. Ich und meine Freunde verlangen in erster Reihe ein homogenes Ministerium. Ich glaube, daß das ein für jede Landesvertretung berechtigter Wunsch ist. Nun meine ich, daß Herr Bismarck, so lange er im Amte ist, diesen Wunsch seinerseits ebenfalls begehrt hat, und wenn heute gesagt ist, daß er das Ministerium wegen einer Ueberlastung mit Arbeiten abgegeben habe und weil es ihm nicht möglich sei, die Verantwortung für ein Ministerium zu tragen, um dessen Details er sich nicht kümmern könne, so ist das wohl richtig, aber es ist ein öffentliches Geheimniß, daß er jederzeit darauf gedrungen hat, daß die übrigen Minister in irgend einer Form der Verantwortlichkeit dem Minister-Präsidenten gegenüberstehen sollten. Und das halte ich in der That für diejenige Entwicklung, welche uns die Zukunft geben muß. Im Uebrigen stimme ich Herrn Kaster darin bei, daß wir nicht allzu ängstlich in die Zukunft zu sehen brauchen. Ob wir ein conservatives oder liberales Ministerium haben, im Wesentlichen wird es immer dieselbe Politik verfolgen müssen und sollten in seinem Schooß Gegensätze hervortreten, so wird das meines Erachtens nur die Wirkung haben, daß sich die Reichscompetenzen weit schneller entwickeln. Also sehen wir vertrauensvoll in die Zukunft, wenngleich ich nicht leugnen will, daß die Staatsregierung das Mißtrauen, welches sich im Lande gegen die gegenwärtige Veränderung geltend macht, bedeutend unterschätzt. Es wird an ihr sein, dies Mißtrauen durch ihre Maßnahmen zu beseitigen.

Abg. Heise protestirt gegen die Auffassung, welche die augenblickliche, politische Lage von Seiten der Linken gefunden hat. Die Verfassung garantiert der Krone das unbeschränkte Recht, ihre Minister zu ernennen; die Ausübung dieses Rechtes sei im Landtage nicht discussibel. (Widerspruch.) Damit schließt die allgemeine Discussion und die Prüfung der einzelnen Positionen des Staats des Ministeriums des Innern beginnt. Es liegen zu demselben zahlreiche Anträge der Budgetcommission vor, welche im Wesentlichen den Zweck haben, die Specialisirung der Ausgaben zu verschärfen und das Tableau der Budgetaufstellung durchsichtiger zu gestalten. Hier und da werden auch die in Einnahme und Ausgabe veranschlagten Ziffern modificirt. Zur Position Strafanstalts-Verwaltung bemerkt Abg. Ebert: Im vorigen Jahre beschloß das Haus nach meinem Antrage, die Regierung aufzufordern, eine einheitliche Gefängnisverwaltung mit möglichst selbstständiger General-Direction einzuführen. Seitdem ist nichts zur Ausführung dieses Beschlusses geschehen, obwohl die Reform des Gefängniswesens mit jedem Tage dringender wird. Der wichtigste Theil des Strafvollzugs darf nicht in die Hände des Ministers des Innern und des Ministers der Justiz gelegt sein. Dadurch wird die Controle der Verwaltung aufs Aeußerste erschwert. Dafür liefert auch der vorliegende Etat den Beweis. Die verschiedensten Einnahmequellen sind zusammengeworfen, obwohl gerade hier Durchsichtigkeit besonders erforderlich ist, denn es handelt sich um den Nebenberdienst der Gefangenen und zugleich um die notwendige Rücksicht auf ihre Gesundheit, wegen der Verwendung ihrer Kräfte zum Ackerbau, zu welchem sie in Brasilien und Irland mit dem besten Erfolge verwandt worden sind.

Die englische Regierung überreicht dem Parlamente jährlich Blaubbücher über Einnahmen und Ausgaben jedes einzelnen Gefängnisses. Die Kosten der Gefängnisverwaltung belaufen sich im Etat des Ministeriums des Innern auf 3 Millionen Thaler und auf ebensoviel im Etat des Justizministeriums. Diese ungeheuren Summen werden in unverantwortlicher Weise verwaltet, ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Nation, auf die Erziehung der Gefangenen zur Freiheit, und unverantwortlich in Beziehung auf die zweckmäßige Verwendung der Kräfte der Gefangenen für das Gemeinwohl. Die Reform der Gefängnisverwaltung ist darum dringend nöthig.

Auf Antrag des Abg. Berger (Witten) wird darauf der Namensanruf vorgenommen und da nur 195 Mitglieder anwesend sind, die Beschlussfähigkeit des Hauses constatirt und die Sitzung um 2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag, 11 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung.)

Berlin, 7. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck den Schwarzen Adler-Orden in Brillanten verliehen.

Dem Anwalt Carl Rolle in Zabern ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichs-Justizdienste ertheilt. Dem Notar Carl Keller zu Straßburg ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichs-Justizdienste ertheilt.

[Allerhöchster Erlass.] Im Verfolg Meines Erlasses vom 21. v. M. erlasse Ich dem Staatsministerium, daß Ich an Stelle des Fürsten von Bismarck den Kriegsminister, General der Infanterie, Grafen von Roon, zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt habe, und zwar in Gemäßheit der an letzteren gerichteten, abgeschrieben beigefügten Ordre, vom heutigen Tage. Dem Staatsministerium gebe Ich auf, Mir wegen Regulirung der bezüglichlichen Staatsverhältnisse Bericht zu erstatten. An den General-Lieutenant von Rameke habe Ich in vorstehendem Sinne gleichfalls direct verfügt.

Berlin, den 1. Januar 1873. Wilhelm.  
Graf von Roon. Fürst von Bismarck.  
Graf von Jheuplis. von Selchow. Graf zu Eulenburg.  
Leonhardt. Camphausen. Falk.

An das Staatsministerium.  
Berlin, 7. Jan. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern mit Sr. Majestät dem Kaiser und König und der Prinzessin von Sachsen der Trauerfeierlichkeit im Fürstlich Radziwill'schen Hause bei.

Heute empfing Ihre Majestät den Besuch der hier eingetroffenen ältesten Kinder Sr. Kaiserlichen und Königlich hohen des Kronprinzen, sowie Ihre Majestät die Königin Elisabeth. (Reichsanz.)

Berlin, 7. Januar. [Personal- und Chargen-Verhältnisse der deutschen Armee und Marine. — Die Entscheidung über die Trophäenbeute und die Douceur-Gelder.] Das Jahr 1873, das in militärischer Beziehung mit der Ernennung des bisherigen Reichs-Kriegsministers, Grafen von Roon, zum Feldmarschall eröffnet hat, bietet in den Chargen- und Personen-Verhältnissen der preussischen und deutschen Armee Erscheinungen, wie dieselben seit der ersten Errichtung einer brandenburgisch-preussischen Kriegsmacht noch nicht stattgefunden haben. So ist die Zahl der gegenwärtig der deutschen Armee angehörenden activen Feldmarschälle noch nie früher von der preussischen Armee erreicht worden. Dieselbe beläuft sich auf acht würdige Feldmarschälle und einen Feldzeugmeister mit Feldmarschall-Rang. Es sind dies die Feldmarschälle Graf Wrangel, der Kronprinz des deutschen Reichs, der Prinz Friedrich Carl, Graf Moltke, von Steinmetz, Herwarth von Bittenfeld und der Kronprinz von Sachsen, wie als Feldzeugmeister mit Feldmarschall-Rang der Prinz Carl von Preußen. Ebenso haben, was gegenwärtig bei drei Prinzen des Kaiserlichen Hauses statthat, solche seit dem Bestehen des preussischen Staats noch nie den Feldmarschall-Rang bekleidet. Noch zeichnen sich der Abschluß des Jahres 1872 und der Eingang von 1873 aber dadurch aus, daß dieser Jahresabschluß für die Leitung der Spitzen des deutschen Heer- und Seewesens in dem Ersatz der bisher derselben vorgestanden bewährten Männer und Kräfte durch neue Persönlichkeiten gleichsam einen Wendepunkt zu bieten scheint. Der Eintritt des General von Stosch in die selbstständige Leitung der Marine-Angelegenheiten, wie der des General von Podbielski in die Stellung eines General-Inspecteurs der Artillerie haben zwar schon früher stattgefunden, dagegen fallen jedoch der Ersatz des hochverdienten Reorganisators des preussischen Unterrichts- und Erziehungswesens, General von Deutler, durch den Generalleutnant von Rheinbaben, und der des thatsächlichen Begründers der neuen preussischen und deutschen Heeresordnung, Grafen von Roon, durch den General von Rameke mit diesem Jahresabschluß unmittelbar zusammen. Noch bleibt außerdem an Stelle des Letzteren die Wiederbesetzung der Stellung des Chefs des Ingenieurs-Corps und der Pioniere, wie des General-Inspecteurs der Festungen zu gewärtigen. Auch die Wiederbesetzung der angeführten Stellen bietet in Hinsicht der Waffengattungen, aus welcher die genannten Generale hervorgegangen sind, ein Verhältniß, daß für die preussisch-deutsche Armee als ganz neu und noch nicht vorgekommen angesehen werden muß. Der neue Kriegsminister ist aus der Ingenieurwaffe zu seiner gegenwärtigen Stellung aufgestiegen; der neue Marine-Minister hat seine Laufbahn

bei der Infanterie eröffnet; der neue General-Inspecteur der Artillerie und der neue Chef des Militär-Bildungswesens endlich gehörten von dem Beginne ihrer Militär-Carriere der Cavallerie an. Noch tritt für die Marine eine Anomalie hinzu. Es ist nämlich dort bei dem vor einigen Monaten nach Ostasien entsendeten Geschwader, entgegen dem bisher in der deutschen Armee so streng aufrecht gehaltenen Anciennitäts-Verhältniß nahezu der jüngste Capitain zur See mit Uebergehung seiner sämtlichen Vorgesetzten, wie des vorhandenen Vice- und Contre-Admirals zum Commandeur dieser bisher bedeutendsten deutschen See-Expedition ernannt worden, wobei noch in das Gewicht fällt, daß dieser so auffällig begünstigte Seeofficier, der Capitain Werner, ursprünglich und bis zu ihrer Auflösung der 1848 in Bildung genommenen deutschen Flotte angehört und schon zuvor in der deutschen Handelsmarine sich gleichsam von der Pike auf zu seiner gegenwärtigen bedeutenden Stellung emporgehoben hat. — Die jüngst veröffentlichte Bestimmung über Vertheilung der Douceurgelder dürfte sicher viele bisher als ungewisselhaft betrachtete Ansprüche und Erwartungen bitter enttäuscht haben. Es stellt sich danach das thatsächliche Verhältniß, daß nur 1 Adler und 11 Fahnen als auf offenem Schlachtfelde thatsächlich erobert anerkannt worden sind. Die Principien, nach welchen hierbei die Entscheidung getroffen worden ist, entziehen sich der Beurtheilung. Selbst nach den neuerdings unter Direction des großen deutschen Generalstabes erschienenen Specialwerken sind dabei aber eine große Zahl von nach den Angaben jener Werke notorisch im offenen Gefecht eroberten, resp. erbeuteten feindlichen Feldzeichen nicht prämiirt worden. So nach dem Werke über die Kriegstheilmahme des V. Armee-Corps die bei Briß von dem 59. preussischen Regiment eroberte Fahne des 3. Jülicher-Regiments, nicht minder nach dem Werke: Die Operationen der I. Armee eine zweite in der Schlacht bei Amiens eroberte Mobilgarden-Fahne, wie 3 im Gefecht bei Bour-gard und 3 im Gefecht bei Longpré erbeutete Fahnen. Auffällig erscheint nach diesem Nachweise noch die außerordentliche Unzuverlässigkeit der während des Krieges veröffentlichten telegraphischen Depeschen in ihren Trophäenangaben. So sind in der Schlacht bei Briß, wo nur zwei Adler als erobert angegeben waren, 1 Adler und 3 Fahnen erobert worden, in der Schlacht bei Amiens statt einer zwei Fahnen, bei Le Bourget, an der Hallue bei Bazoches le Haut, wo gar keine Angabe erfolgt war, je eine Fahne. Dagegen bei Mars la Tour, wo 2 Adler 7 Kanonen erobert sein sollten, reducirt sich diese Angabe auf 1 Kanone, und ähnlich noch in einer großen Zahl von anderen Fällen. Bei Sedan sind 1 Adler, 2 Fahnen erobert worden. Zwei zugleich genommene Fahnen werden nach diesem Prämiirungs-Ausweis nur bei einem preussischen Regiment, dem Grenadier-Regiment Nr. 12 bei Parigné (Schlacht bei Le Mans) anerkannt. Noch sind die genommenen feindlichen Feldzeichen, und zwar ohne jede Unterscheidung zwischen Regimentadler und Bataillonsfahne, diesmal nur mit je 40 Dukaten prämiirt worden, und müssen danach die insgesamt 10,070 Dukaten, welche als Gratification für 12 eroberte feindliche Feldzeichen und 161 in Action genommene Kanonen ausgeworfen worden sind, doch in der That als zu den fünf Milliarden der französischen Kriegenschädigung in einem wahrhaft schneidenden Gegensatz stehend erachtet werden.

© Berlin, 7. Januar. [Die kirchlich-straflichen Gesehntwürfe. — Dementi.] Die Mittheilung, daß die beiden wichtigsten Gesehntwürfe auf dem kirchenpolitischen Gebiet im Staatsministerium schon zur Erledigung gelangt seien, bestätigt sich vollkommen. Beide Entwürfe sind vom Staatsministerium einmüthig genehmigt worden und es fehlt nur noch die Allerhöchste Ermächtigung um sie beim Landtage einzubringen. Es sind somit jetzt bereits drei der gedachten Richtung angehörige Gesehntwürfe für die Beratung im Landtage reif: das schon früher eingetragene Gesehnt über die Grenzen des Rechts zu kirchlichen Strafmitteln, und die nunmehr fertigen Gesehntwürfe über die geistliche Disciplinargewalt und die Ausbildung und Anstellung der katholischen Geistlichen. Nach Allem, was man über den Inhalt und die Fassung dieser beiden Gesehntwürfe erfahren, dürfen sie geeignet sein, den Beweis zu liefern, daß das neue Ministerium keine neuen Wege einzuschlagen gesonnen ist, sondern in der Richtung der Bismarck'schen Politik weiter zu streben beabsichtigt. Was nun die Wirkung der drei Gesehntwürfe, so wird sich dieselbe allerdings bei dem letztgenannten Gesehnt erst in der Zukunft erweisen können, dagegen werden die beiden anderen Gesehnt unmittelbar von segensreichen Folgen sein, indem sie einerseits den Laien, andererseits dem niederen Clerus Schutz gegen die Annäherungen geistlicher Gewalt geben werden. — Ich weiß nicht, ob Sie Noth genommen haben von einer Mittheilung der „Königsberger Hartungschen Zeitung“, nach welcher zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck Erörterungen über angebliche Unterfahrungen ultramontaner Agitation von hoher Stelle stattgefunden haben. Auf Grund der zuverlässigsten Mittheilungen kann ich versichern, daß die Angaben über eine derartige Unterredung irrig und daß die dem Kaiser in den Mund gelegten oder ähnliche Worte von Seiten Sr. Majestät niemals gegen den Reichskanzler geäußert worden sind.

— Berlin, 7. Jan. [Der neue Ministerpräsident. — Die kirchlich-politischen Gesehntwürfe. — Die Civilehe. — Entschädigungen der Gemeinden. — Markthallen-Gesellschaft.] Die allgemeine Erwartung, den neuen Minister-Präsidenten, den leitenden Minister darf man ja wohl nicht sagen, im Abgeordnetenhaus an seinem Plage zu sehen, hat sich nicht bestätigt. Gleichwohl kam es, wie wir vorausgesagt hatten, zu einer Auseinandersetzung über die Vorgänge im Schooße des Staatsministeriums. Es ist auf gefallen, daß die Erklärungen des Ministers des Innern vollständig den Inhalt des gestrigen Artikels des „Staatsanz.“ widerlegten und die Behauptungen der „Prov.-Corr.“ hergestellt haben. Man wollte in Abgeordnetenkreisen wissen, daß jener sonderbare Artikel des letztgedachten officiellen Organs schuld daran sei, daß die ausdrückliche Ernennung des Generals von Roon zum Ministerpräsidenten erfolgte, während auch in dem Ansprechen an das Abgeordnetenhaus sowohl seitens des Fürsten Bismarck, als des Grafen Roon nur davon die Rede ist, daß der Vorsteh im Staatsministerium auf dessen ältestes Mitglied übergehen soll. Uebrigens erwartet man im Abgeordnetenhaus allgemein, den neuen Ministerpräsidenten in der nächsten Sitzung erscheinen zu sehen. — Wir hören bestätigt, daß am letzten Sonnabend im Ministerrath hauptsächlich über die Vorlagen des Cultusministers verhandelt worden ist und es darf hiernach als feststehend angesehen werden, daß der Landtag noch befaßt werden wird, mit den Entwürfen über die geistliche Disciplinargewalt und über die Anstellungs-Berechtigung der Geistlichen, wobei eine gewisse Mitwirkung des Staates vorbehalten worden ist. Fraglich ist, ob und wie weit der Entwurf, der sich auf die Vermögensverhältnisse der geistlichen Orden und Sitten bezieht, zur Vorlage gelangt. Entschieden dagegen ist, daß der Entwurf über die Civilehe nicht erscheint. Im Staatsministerium waren die Meinungen darüber getheilt. In parlamentarischen Kreisen wollte man wissen, der Handelsminister sei nur für die facultative Civilehe, der Ministerpräsident Graf Roon höchstens für die Noth-civilehe gewesen. Die Minister der Justiz, des Innern und des Cultus, welche den Entwurf an das Staatsministerium gebracht hatten,

vertheidigten ihn erfolglos. — Bekanntlich liegt dem Abgeordnetenhaus ein Antrag des Abgeordneten Schmidt (Stettin) vor, welcher die Entschädigung der Gemeinden für die Kriegskosten aus der französischen Kriegscontribution bezweckt. Wie wir hören, soll diese Angelegenheit auf dem Wege der Reichsgesetzgebung erledigt werden und dürfte eine bezügliche Erklärung vom Ministerium die Erledigung der Sache im Abgeordnetenhaus schnell bewirken. — Am 28. v. Mts. hat sich hier eine besondere „Markthallen-Gesellschaft“ gebildet, welche von der deutschen Baugesellschaft abgetrennt und unter Uebernahme des von dieser mit dem Magistrat abgeschlossenen Vertrages die Ausführung des Markthallen-Proiects in die Hand nehmen wird. Die Bauten sollen schon im nächsten Frühjahr beginnen und so gefördert werden, daß in längstens 2 Jahren das ganze Project verwirklicht ist. [Berichtigung.] Der „Vossischen Zeitung“ ist vom Kriegs-Ministerium unterm gestrigen Tage folgende Berichtigung zugegangen:

„Die Redaction ersucht die unterzeichnete Abtheilung auf Befehl des Herrn Kriegs-Ministers und auf Grund des Gesetzes vom 12. Mai 1851, § 26, die auch in Ihrer Nr. 4 gebrachte Nachricht in Betreff der Gehaltsbezüge des Herrn General-Feldmarschalls, Minister-Präsidenten und Kriegs-Ministers Grafen von Roon dahin zu berichtigen, daß Se. Excellenz weder als Feldmarschall noch als Minister-Präsident irgend eine Vermehrung seines Dienstfehlkommens zu erfahren hat, sondern daß derselbe nach wie vor nur das gewöhnliche Ministergehalt bezieht und zu beziehen berechtigt ist. Kriegs-Ministerium, Central-Abtheilung. gez. von Hartrott. Mand.“

An die Redaction der „Vossischen Zeitung“ hier.

Gumbinnen, 7. Januar. [Die Cholera.] Den ärztlichen Gutachten zufolge ist die Choleraepidemie in den diesseits der polnischen Grenze gelegenen Bezirken als erloschen zu betrachten.

Jehoe, 5. Jan. [Neues politisches Programm.] Der neue Redacteur der „Jehoe Nachrichten“, Herr J. Briz, hat in der gestrigen Nummer das neue politische Programm seines Blattes veröffentlicht. Wir entnehmen demselben die folgende Stelle:

Die Ueberzeugungsstreue unseres Volkes ist in einer Beziehung während des verfloffenen Jahres stark auf die Probe gestellt worden. Von der einen wie von der anderen Seite hat man gesucht, dem politischen Gewissen der Schleswig-Holsteiner Gewalt anzuthun. Es ist hohe Zeit, daß es beruht, daß so viel begangenes Unrecht gut gemacht werde. Sollen aber die „Jehoe Nachrichten“ hierzu mitwirken, so muß es vor allen Dingen zwischen den Freunden derselben und der jetzigen Redaction in dieser Beziehung klar werden. Wer also mit uns der Meinung ist, daß die durch die Einführung in den preussischen Staat erreichte Zugehörigkeit zum deutschen Reich es uns ermöglicht, aller materiellen und höheren geistigen Güter des modernen Staatslebens im Verein mit der ganzen Nation theilhaftig zu werden, der mag er auch mit uns geübtes Unrecht nie Recht nennen, ja, mag er selbst die ihm angethane Gewalt schwer verzeihen können, wolle doch aus einer so inneren und gnädigen Leitung unserer Gesichte die Hoffnung nehmen, daß Gott über unserm schleswig-holsteinischen Volke Gedanken des Friedens hege; der möge aber auch mittheilen, diese Gedanken auszuführen, der wolle ehrlich den Boden, darauf unsere Füße gestellt sind, zur Grundlage seiner öffentlichen Wirksamkeit nehmen. Noch wagen wir nicht zu hoffen, aber wir wollen mit Ernst das Unsere dazu thun, daß schon das Jahr 1873 uns Schleswig-Holsteiner auf diesem politischen Standpunkte geeinigt finde und daß namentlich die bevorstehende Jubelfeier unserer Erhebung gegen Dänemark doch noch eine einige, gemeinsame werde. Der Streit hat so viele der besten des Landes nur zu lange einander entfremdet, und es ist doch so Vieles gemeinsam auszubauen, auf daß das große deutsche Reichsgebäude nach innen in seinen einzelnen Theilen fertig werde!

Die mehr-erwähnte politische Schwentung des gedachten, namentlich unter dem schleswig-holsteinischen Landvolk sehr verbreiteten Blattes scheint sich demnach jetzt thatsächlich vollzogen zu haben.

Köln, 6. Januar. [Ueber die bereits erwähnte Besprechung des Prof. Michéls mit dem Erzbischof von Melchers.] Wird der „Evn. Ztg.“ geschrieben: Es dürfte auch für weitere Kreise nicht ohne Interesse sein zu erfahren, daß der bekannte altkatholische Reiseapostel, Herr Professor Michéls aus Braunsberg, im Laufe der vergangenen Woche eine längere persönliche Unterredung mit dem Erzbischof von Melchers, dem Haupte des ultramontanen deutschen Episcopats, im erzbischoflichen Palais zu Köln gehabt hat. Die äußere Veranlassung zu dieser Unterredung war die Ansicht eines einflussreichen Pfarrers einer größten rheinischen Stadt, der sich zwar scheinbar und äußerlich der neuen Glaubensherrschaft gefügt hat, innerlich aber der altkatholischen Lehre treu geblieben ist, daß einmal der ernstliche Versuch gemacht werden müsse, den Bischöfen persönlich ins Gewissen zu reden, um dieselben so zu bestimmen, auf dem einschlagenden unheilvollen Wege inne zu halten und zur Wahrheit und zum inneren Frieden ihres Gewissens zurückzuführen. Hr. Prof. Michéls, ein alter Bekannter des Kölner Erzbischofs, unternahm es, den letzten Versuch bei diesem zu thun, wie ausdrücklich ein solcher Schritt bei den bekannten Gesinnungen dieses Kirchenfürsten und bei der prononcirten Stellung, welche derselbe in der Infallibilitätsfrage eingenommen hat, auch sein mochte. Der Herr Erzbischof, welcher eine beabsichtigte Unterwerfung des unbequemen Agitators vermuthen mochte, empfing denselben in zuvorkommender Weise und versuchte es sogar, wohl als captatio benevolentiae, den cordial-freundschaftlichen Ton von ehemals wieder anzuschlagen, war aber sehr überrascht, als der Herr Professor mit seinen eigenen Absichten zu Tage trat. Selbstverständlich wies, wie zu erwarten stand, der Kirchenfürst das ihm gestellte Ansinnen nicht nur in der schroffsten Weise ab, sondern erklärte runderaus, daß in Sachen der Infallibilität nicht Gründe, nicht die Wissenschaft, auch nicht das Gewissen, sondern lediglich die Autorität in die Waagschale falle. Nach dieser Klärung der gegenseitigen Stellung schied der überzeugungsstreue, müthige Priester und ehemalige Freund vom dem Inhaber der episcopalen Gewalt, nachdem er jenem gegenüber sich gleich einem zweiten Peter Arbues geberdet hat.

Lippstadt, 31. Decbr. [Berichtigung.] Die „Köln. Ztg.“ erhält von hier zu ihren Meldungen über die Tumulte in Lippstadt vom 23. v. Mts. von amtlicher Seite die ergänzende und berichtigende Mittheilung: „Die Räumung des Platzes vor dem Köppelmann'schen Hotel ist durch die Executivbeamten der Polizei, und zwar das erste Mal — gegen 5 Uhr Abends —, ohne daß es der Anwendung nennenswerther Gewalt bedurft hätte, das zweite Mal — gegen 8½ Uhr Abends — auf Anordnung des Beigeordneten geschehen. Eine Mitwirkung von Militär hat hierbei nur insoweit stattgefunden, als im ersten Falle zwei und in dem letzteren drei auf dem Platz zufällig anwesende Militärpersonen zur Ausräumung requirirt sind. Ein blankes Einfallen hat Seitens der hiesigen Husaren-Escadron nicht stattgefunden und ist auch weder die hiesige Escadron noch eine Abtheilung derselben zur Zeit der geschehenen gewaltthätigen Räumung des Platzes auf demselben überhaupt gegenwärtig gewesen.“

Dresden, 7. Januar. [Die zweite Kammer.] hat heute das Verfassungsgesetz, nachdem die Abgeordneten Biedermann und Streit für, Ludwig Wigand gegen die Vorlage gesprochen und ein Antrag des Letzteren, anstatt derselben einfach das Verfassungsgesetz von 1848 wieder herzustellen, gegen wenige Stimmen abgelehnt war, mit großer Majorität angenommen.

Stuttgart, 7. Januar. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] begann die Beratung des Einführungsgesetzes zu dem Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz. Vor dem Beginn derselben erklärte der Finanzminister Renner auf eine bezügliche Anfrage, daß der Entwurf eines neuen Vergesetzes, welches der



petalindustrie einen freieren Spielraum gewähre, gegenwärtig vom Geheimen Rathe durchberathen werde.

Schweiz.

Bern, 2. Jan. [Aus dem Bundesrathe. — Kirchliches.] Heute, schreibt man der „R. Z.“, hat das neugewählte Mitglied des Bundesrathe, Herr Eugen Borel von Neuenburg, die Leitung des eidgenössischen Postdepartements übernommen. Herr Borel, welcher erst 37 Jahre alt, ist gegenwärtig das jüngste Mitglied des Bundesrathe. Das älteste ist Herr Nüssli, welcher mit seinem 46. Jahre in den Bundesrath gewählt wurde und dieses Amt seit Gründung des neuen Bundes, also nun 24 Jahre lang, bekleidet. — Die clericale Partei im Canton Solothurn sucht ihr Ziel auf dem Wege einer Revision der Solothurner Verfassung durch einen neugewählten Verfassungsrath zu erreichen, was einer Abberufung des gegenwärtigen liberalen Cantonsraths gleichkommt. In Art. 47 der Verfassung des Cantons Solothurn heisst es: „Eine Totalrevision findet durch einen Verfassungsrath statt, wenn sie von 3000 Stimmberechtigten durch Unterschrift oder Stimmgebung in Gemeinde-Versammlungen oder vom Cantonsrath verlangt wird, und wenn in einem oder anderen Falle die Mehrheit der Stimmen die Genehmigung ertheilt.“ Befürworter der Revision der Verfassung bringen 3000 Stimmen sehr laut neuestem Bericht die Solothurner Geistlichkeit jetzt alle Hebel in Kraft. Daß sie die 3000 Stimmen aufbringt, ist wohl unabweisbar. Anders dürfte es sich jedoch mit der Volksgenehmigung verhalten. Beim Staatsrath des Cantons Gené hat der Gemeinderath von Carouge, gestützt auf eine von 300 Bürgern unterschriebene Petition und auf ein bezügliches Gesetz von 1871, Unterfugung jeder religiösen Ceremonie ausserhalb der Kirche verlangt, welchem Verlangen der Staatsrath entsprechen wird.

Stalien.

Rom, 4. Jan. [Ansprache des Papstes.] Der Papst empfing am 1. Januar die Offiziere der Palastgarde, die Zöglinge der fremden Collegien und endlich die Generale der religiösen Orden. Nach der „Voce della Verita“ hat der Papst auf die Anrede der letzteren geantwortet: „Es ist das dritte Mal im Verlaufe meines Lebens, daß ich die Unterdrückung der religiösen Corporationen sehe. Es ist eine Fügung Gottes, daß diese Corporationen von Zeit zu Zeit solche Schicksale erleiden; das ist ein Geheimniß der Vorsehung, welches ich nicht verstehe. Ich schaue mich um, ob nicht ein Engel komme zu ihrer Hilfe. Ich sage nicht, daß ich die des Sanberis herbeiwünsche, um alle diese Feinde zu vertreiben, das liegt nicht in meinen Gedanken; ich wollte, es gäbe einen Engel, der alle Herzen bekehrte. Wird mein Wunsch erfüllt werden? Ich weiß es nicht und ich glaube es nicht. Was sollen wir thun? Wir sind im Groll. Wir müssen vor Gott hinfreten mit einer mächtigen Waffe, dem Gebete, damit wir eine Milderung unserer Leiden erlangen.“ Der Papst ertheilte schliesslich allen religiösen Orden der Welt seinen Segen.

[Zur Canonisation des h. Benedict Joseph Labre.] Der Correspondent des „Univers“ berichtet demselben von hier über eine feierliche Ceremonie, welche der Papst am 29. December, am Tage des heiligen Thomas von Canterbury, des Märtyrers für die Freiheit der Kirche, wie mit besonderer Betonung dabei bemerkt wird, vorgenommen hat. Es betraf die offizielle Verkündigung eines Decrets über die Canonisation des h. Benedict Joseph Labre, betreffend einige Wunder, die dieser neue Heilige nach seiner Canonisation verrichtet hat. Die Echtheit dieser Wunder ist laut dieses Decrets in drei Versammlungen der Congregation des h. Ritens 1870 und 1872 geprüft und richtig befunden worden, und so steht denn nach demgemäss erlassenen Decrete fest, daß der genannte Heilige „zwei Mirakel zweiten Ranges“ verrichtet hat, nämlich „die augenblickliche und vollständige Heilung der Theresia Massetti von einer krebsartigen Hautgeschwulst an der linken Brust“ und „die augenblickliche und vollständige Heilung der Maria Aloisia von der Unbefleckten Empfängniß, Nymne im ehrwürdigen Kloster der göttlichen Liebe am Faltstet Berge, von einem schwächenden Magenkrebs“. Der Heilige, von dem die Rede ist, ist einer der allerjüngsten; er war zu Lebzeiten ein aus Frankreich nach Rom gekommener Bettler, der „in der Nachahmung der Armuth Jesu Christi“ in den Kirchen und auf den Plätzen der heiligen Stadt herumlungerte und nach einem langen, in dieser Weise göttgefalligen Leben endlich unter irgend einem Porticus verschied. Sonst ist nichts von ihm zu melden. Er starb zu Ende des vorigen Jahrhunderts und wurde vor einigen Jahren canonisirt. Einigermassen sonderbar darf es erscheinen, daß nach der „Voce della Verita“ der Papst, der noch ganz kurz zuvor bekanntlich dem Adelsstolze ein Lob ertheilt hatte und dem Heilande selbst eine Vorliebe dafür nachsagte (siehe die Anrede an den römischen Adel), nach Verkündigung des Decrets in einer kurzen Rede auffordert, die Tugenden des neuen Heiligen „auszuüben oder doch nach Maß unserer Kräfte nachzuahmen“, und endlich mit folgenden Worten schließt: „Der neue Erwählte wird ohne Zweifel einen Strahl der Hoffnung über Frankreich, sein Vaterland, leuchten lassen. Hoffen wir, daß durch seine mächtige Fürbitte dieses Land den Frieden, den Wohlstand und den Ruhm wiedererlangen werde, welche ihm entziffen sind, welche aber sein legitimes Erbe sein bleiben.“

Frankreich.

Paris, 5. Jan. [Ueber die Bourgoing'sche Angelegenheit] berichtet die „Union“, welche bekanntlich von der hiesigen Nunciatur Mittheilungen erhält, Folgendes:

Herr de Corcelles, welcher vor der Annahme des Botschafterpostens beim heiligen Stuhl nach Rom gehen wollte, um sich über die Lage Rechnung abzugeben, scheint dort keine hinreichenden Beweggründe gefunden zu haben, um die ihm von der Regierung angetragene Mission zu übernehmen. Nachdem er die Ehre gehabt, zwei Mal vom Papst empfangen zu werden, und nach mehreren Besprechungen mit dem Cardinal Antonelli verließ er Rom am 1. Jan. Sicherlich stößt Herr de Corcelles dem Kirchenoberhaupt alles Vertrauen ein, aber auf dem Punkte, auf welchem die Dinge angekommen sind, konnte der Papst ihm kaum die Rathschläge ertheilen, welche er von ihm verlangte. Weder seine Würde noch seine Klugheit gestatteten ihm dies. Der heilige Vater überließ Herrn de Corcelles seinen persönlichen Eingebungen, da er die Verantwortlichkeit für seinen Beschluß in einer dunklen, zweideutigen Lage übernehmen wollte, welche durch die letzten Schwächen der französischen Regierung, die gegen weitere Schwächen nicht geschützt ist, noch schwieriger gemacht worden. Es ist wahrscheinlich, daß der entgiltliche Beschluß des Herrn de Corcelles neuen Erklärungen mit Herrn Thiers untergeordnet bleibt. Fragen werden gestellt, Zweifel ausgebracht, Schwierigkeiten vorausgesetzt werden; die Regierung muß mit Klarheit darauf antworten. Falls die Antworten des Herrn Thiers nicht der Art sind, um Herrn de Corcelles zur Annahme zu bestimmen, so wird unsere Lage in Bezug auf den Papst ernstlicher werden und die Verlegenheiten auf unserem Wege sich vervielfachen.

Es heisst, daß Herr de Corcelles der Träger einer Art von Ultimatum des Papstes ist, d. h. Herrn Thiers die Bedingungen überbringt, unter welchen der Papst seinen Anhängern in Frankreich den Befehl zukommen lassen will, sich vor der Hand ruhig zu verhalten und nicht zu versuchen die Regierung Frankreichs zu stürzen. Der Papst verlangt, daß Frankreich gegen die Expropriation der römischen Klöster Einsprache erhebt. Wenn es zu den Interpellationen über den Fall Bourgoing kommt, so wird diese Frage ebenfalls zur Sprache gebracht werden.

[Ministerielles und Parlamentarisches.] Herr de Cou-

lard, der Minister des Innern, will in Zukunft die offizielle Presse selbst inspiriren, und verlangt, daß die Redacteure derselben nicht mehr ihre Instruktionen bei Barthélemy Saint Hilaire, sondern auf dem Ministerium des Innern holen. Bei Dufaure's gestrigem Empfange hatte sich die „Géme“ der reactionären Deputirten, wie de Broglie, Batbie und Vicomte de Meaux, eingefunden, da dieselben glauben, daß sie, falls es zu einem Bruche mit Thiers kommt, auf ihn zählen können. Den royalistischen Blättern gefällt es nicht, daß sich bei dem Empfange des Seine-Präfekten die republikanischen und radikalen Deputirten, und zwar mit Gambetta an der Spitze, eingefunden haben. Die republikanischen und radikalen Deputirten, welche bei Salmon erschienen, waren fast alle Deputirte des Seine-Departements, und sie blieben von dem Empfange nicht weg, weil man dies für eine Demonstration gegen Thiers hätte auslegen müssen und sie bis jetzt nicht den geringsten Grund haben, eine solche zu machen. Morgen kommt der Gesandtenwirth zur Verhandlung, welcher den Journalen einen officiellen Bericht aufzwingt. Es ist jedoch keineswegs sicher, daß das Gesetz durchgehen wird. Die ganze Linke (linkes Centrum, gemäßigter Linke und äußerste Linke) wird gegen dasselbe stimmen, da sie es als eine Verletzung der Pressefreiheit betrachtet. Die Discussion über die Vorlage Betreffs der Reorganisation des Oberathes des öffentlichen Unterrichtes beginnt nächsten Donnerstag. Der Antrag geht von de Broglie, Saint Marc Girardin u. s. w. aus. Der Unterrichtsminister beschränkt sich darauf, die Aufrechterhaltung des status quo zu verlangen.

[Militärisches.] Der Kriegsminister v. Cussy hielt beim Neujahrsempfang seinen Beamten eine kleine Rede, die nicht ganz ohne Bedeutung war. Er kündigte ihnen an, daß sie noch große Arbeiten zu vollbringen hätten, und fügte hinzu, daß Alles für die Ausführung des neuen Militärgesetzes vorbereitet sei und daß er behaupten könne, daß Frankreich im Januar 1874 eine treffliche Armee haben werde, die auf neuen Grundlagen organisirt und mit guten Cadres und einem guten Kriegsgeräth versehen sein werde. — Die schon angekündigte Versammlung aller mit großen Commandos betrauten Generale in Versailles unter dem Vorsitze des Herrn Thiers soll zum Zweck eines letzten Meinungsaustausches über die Bildung von permanenten Feldlagern stattfinden. — Eine Versammlung von 200 Offizieren aller Waffen der Armee von Versailles fand vorige Woche unter dem Vorsitze des Generals Appert statt, um sich über die Organisation eines militärischen Clubs zu beschreiben. Die Mithigkeit wurde einstimmig anerkannt und eine Commission gewählt, um das Nöthige sofort einzuleiten.

[Die czechische Colonie von Paris] feierte, wie wir der „Republique française“ entnehmen, den Neujahrstag in ihrem im Palais Royal gelegenen Club mit einem Festmahle, an welchem Slaven aller Nationalitäten, namentlich viele Russen und auch einige Polen, unter den letzteren der Excanonicus Mikoszewski, eines der fünf Mitglieder der polnischen Nationalregierung in dem Aufstande von 1863, Theil nahmen. Herr Sulek, der Präsident des czechischen Clubs, brachte einen Toast auf die französische Nation und das Bündniß der slavischen und lateinischen Welt gegen ihre gemeinsamen Bedränger. Herr Mikoszewski trant auf die Versöhnung zwischen Russen und Polen, ein dritter auf die französische Republik. Slavische und französische Nationalalieber lösten einander bis zum andern Morgen ab.

[Die Mitglieder der Handelskammer von Yokohama] haben an den Grafen von Aronne, den interimistischen Geschäftsträger Frankreichs, ein Schreiben gerichtet, das laut dem „Soir“ zur Basis für die Verhandlungen wegen Revision des Vertrages von Jeddo von 1858 und der Zollconvention von 1866 dienen wird. Als die notwendige Verbesserung ist die Abschaffung des Art. 3 im Vertrage vom 9. October 1858 ins Auge gefaßt. Derselbe verbietet den Fremden die Betretung des Innern von Japan. Das Erscheinen einer japanischen Gesandtschaft in Frankreich wird als ein gutes Zeichen der Gesinnung des Mikado begrüßt. Die Handelskammer von Yokohama beantragt bis zur vollständigen Erschließung Japans eine Uebergangsfrist, während welcher den Fremden das zeitweilige Reisen und Wohnen in ganz Japan mit der Freiheit, zu kaufen und zu verkaufen, gestattet sein, falls die Fremden Inhaber eines von den Consuln ausgestellten Passes sind. Sollte Japan hierauf nicht eingehen, so beantragt die Handelskammer, daß statt des unzureichenden Hafens von Kiegate der Hafen von Suruga dem internationalen Verkehr erschlossen werde, da dieser mit der projectirten Eisenbahn zwischen Kioto und Osaka in Verbindung stehen wird und einen guten Anstoss bietet. Auch die Revidirung des Münzsystems wird von der Handelskammer beantragt, endlich werden von derselben bittere Klagen über das Zollwesen geführt, in welchem die Corruption eine solche Rolle spiele, daß die Einfuhr von fremden Inspectoren notwendig scheine. Auch ein Schiedsgericht für Streitige Auslegungen der Verträge würde nützlich sein.

[Herr Thiers] besuchte gestern gegen zwei Uhr die polytechnische Schule. Es versammelte sich eine bedeutende Volksmenge vor der Thür der Anstalt und bei seinem Herausreten wurde der Präsident von lebhaften Rufen: „Es lebe Herr Thiers! Es lebe die Republik!“ begrüßt.

[Die Königin Isabella] hat der Herzogin von Montpensier im Schlosse Nanclan in der Auvergne einen Besuch abgestattet, ein Vorfall, der in der spanischen Gesellschaft viel von sich reden macht.

[Plan von Paris.] Man geht damit um, den großen offiziellen Plan von Paris, welcher im Hotel de Ville aufbewahrt wurde und beim Brande zu Grunde ging, wieder anfertigen zu lassen. Die Kosten dieses Unternehmens werden nicht weniger als fünf Millionen betragen.

Spanien.

Madrid, 3. Jan. [Neue finanzielle Unternehmungen.] Der Regierung sind dem Vernehmen nach zwei Anerbietungen gemacht worden, von denen die eine von 600 Millionen Reales sich auf die Uebernahme der Tabakfabrikation auf den Philippinen, die andere, noch höheren Betrages, sich auf die Pachtung der cubanischen Zölle bezieht. Der Finanz-Minister soll geneigt sein, das von einem englischen Hause ausgegangene Anerbieten in Bezug auf die Philippinen in Betracht zu ziehen.

[Steuer auf Adelsittel.] In dem neuen Budget ist auch eine Steuer auf die Adelsittel vorgesehen, welche mit dem steigenden Range zunimmt. Der Adel scheint mit dieser Neuerung wenig einverstanden. Die das „Tiempo“ mittheilt, wird er eine Versammlung abhalten, um gegen die Auflage Einspruch zu erheben. Da übrigens die Nichtzahlung der Steuer nicht den Verlust, sondern nur die zeitweilige Entziehung des Titels nach sich zieht, so würden sich die Mitglieder des Adels vielleicht dahin einigen, auf ihre Karten die Worte: „ehemals Herzog“ oder Marquis u. s. w. zu setzen; einen Ausweg, um den Titel zu bewahren, ohne den Beutel anzustrengen. Durch patriotische Aufopferung hat sich der spanische Adel allerdings lange nicht mehr ausgezeichnet.

Madrid, 3. Januar. [Der König] hat am 1. d. Mts. den üblichen Neujahrsempfang abgehalten, welchem das diplomatische Corps und die hohen Beamten beiwohnten. Die früheren Minister des Cabinets Sagasta fanden sich nicht ein. Im Gespräche mit mehreren Gästen drückte der König seine Zufriedenheit mit dem Geseze zur Abschaffung der Sklaverei auf Portorico aus.

[Freiwillige gegen die Carlisten. — Aus Cuba.] Die Gemeindebehörden von Navarra haben beschloffen, eine Freiwilligenschaar von 500 Mann auszubringen, welche gegen die Carlisten kämpfen soll. — Die Newyorker Nachricht, der zufolge die Aufständischen auf Cuba einen Sieg über die königlichen Truppen davongetragen hätten, wird als falsch bezeichnet; der Aufstand sei im Gegentheil im Abnehmen begriffen und die Regierung hoffe, ihn bald ganz unterdrückt zu haben.

[Kabel.] Die amtliche Zeitung veröffentlicht eine königliche Ver-

fügung, wodurch die Legung eines Kabels von Barcelona nach Stalien und nach Egypten gestattet wird.

Portugal.

Lissabon, 3. Januar. [Die Thronrede.] Die Parlamentssession ist gestern eröffnet worden. In der Thronrede wird zuerst der Finanzreform gedacht, durch welche ein vollständiges Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts erzielt sei, und mit Befriedigung wird darauf hingewiesen, daß der allgemeine Wohlstand des Landes sichtlich zunehme, was wesentlich auf den ganzen Königreiche herrschenden Ruhe und dem Miflingen der angezettelten Verschwörung zuzuschreiben sei. Die vor einigen Monaten ausgebrochenen unbedeutenden Unruhen hätten irgend welche erhebliche Störungen nicht hervorgerufen und seien beseitigt, ohne daß eine Suspension der verfassungsmäßig verbürgten Freiheiten erforderlich gewesen wäre. In den Handels- und Creditverhältnissen so wie auf dem Gebiete der Landwirtschaft und Industrie mache sich ein allgemeiner Aufschwung bemerkbar. Die Regierung rechne für ihre Maßnahmen auf die Unterstützung der beiden Häuser des Parlaments, und betrachte als die ihr zunächst liegende Aufgabe, die Eisenbahnen in den nördlichen Provinzen Minho und Beira auszubauen, durch deren Vollendung die kürzeste Verbindung zwischen Lissabon und Frankreich und damit zwischen Portugal und dem ganzen europäischen Staatencomplexe hergestellt sein werde. Die Regierung hat die Mehrheit in beiden Kammern; bei der Wahl des Präsidenten und des Vicepräsidenten des Congresses legten die von ihr begünstigten Candidaten.

Provincial-Beitung.

Breslau, 8. Jan. [Schneelappe.] Am Neujahrstage bestieg Frau Laura Janeschla, Gemahlin des k. k. Telegraphenleiters von Trautmann, von Posen am Riesengrund aus in Begleitung des Führers Benzel Saggasser aus Posen die Schneelappe, auf deren Gipfel sie um halb 10 Uhr Vormittags eintraf. — Am 29. December hatte Hr. Dr. Lang, Mitglied des Alpenvereins, diese Tour gemacht.

[Das 2. Ulanen-Regiment.] Für die im Feldzuge 1870—71 eroberten Trophäen sind durch Allerhöchste Cabinetsordre vom 5. vor. Mon. 10,170 Ducaten gewährt worden. Davon entfallen 60 Ducaten auf das Schlesische Ulanen-Regiment Nr. 2 für ein Geschütz, erobert im Gefechte bei Artenay.

[Glogau, 7. Jan. [Communaless.] In der am Montag stattgefundenen ersten diesjährigen Stadterordneten-Sitzung wurde das bisherige Bureau einstimmig wiedergewählt. Ein in derselben Sitzung eingebrachter Antrag, den hiesigen Theaterdirectoren Kaufmann und Schreiber das im Monat December d. J. verbrauchte Gas im Stadttheater denselben vollständig und das vom 1. Januar d. J. ab zu verbrauchende Gas mit der Hälfte des Kostenpreises zu erstatten, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Herr Stadtrath Moll wird zum 1. Mai sein Mandat als unbedenkliches Mitglied des Magistrats-Collegium niederlegen und Herr Apotheker Brudner hat sein Mandat als Stadterordneter niedergelegt.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 7. 8.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Eustbrud bei 0° .....	334° 37'	335° 57'	334° 90'
Eustwärme .....	+ 5.5	+ 4.7	+ 1.8
Dunstbrud .....	2° 32'	2° 46'	1° 99'
Dunstfälligkeit .....	71 pCt.	81 pCt.	85 pCt.
Wind .....	W. 2	W. 1	S. 2
Weiter .....	trübe.	trübe.	heiter.

Breslau, 8. Jan. [Wasserstand.] D. W. 15 F. 9 Z. U. W. 1 F. 3 Z.

X. Breslau, 8. Januar. [Schiffahrtsnachrichten.] Nachdem mit Beginn der Winterzeit und in Erwartung eines Eisstandes die Rähne auf den verschiedenen Ladeplätzen ins Winterquartier eingerückt waren, haben es, bei dem anhaltend lauen Wetter hiesige Schiffer doch noch unternommen, von Stettin abzufahren und sind gestern und heute hie eingefahren: Carl Krause, Görlitz, Rubente, Paul Krause, Krositz, Ruck, Augsburg, Rudolph und Wilhelm Bifte mit Gütern von Stettin; Werner mit Dampfpappe von Berlin; Sauermann mit Gütern von Hamburg; Breiner leer von Malitz; Plunde leer von Auras und Müller mit Ziegeln von Reichwald. Bleibt der Segelwind weiter günstig, so werden noch Rähne zu erwarten sein. Der Wasserstand der Oder ist anhaltend gleich.

Berlin, 7. Januar. Auch die heutige Börse verlief in recht fester Haltung, wenn schon das Geschäft nicht mehr den animirten Charakter der jüngsten Tage sich bewahrt hatte. Unsere Börse hat augenscheinlich die Intention a la hausse weiter vorzudringen, so sich aber dies Streben wird realisiren können, bleibt zum großen Theil von der Haltung Wiens abhängig. Die von dort heute eintreffenden Depeschen waren wenig ermunternd, da Prologationschwierigkeiten der Stimmung an der Wiener Börse starken Abbruch thun. Um so mehr dürfte es herbeizubeben sein, daß man sich hier in der festen Haltung nicht irritiren ließ, die Basis für die hiesige Tendenz geben die äußerst günstigen Geldverhältnisse, der Privat-Discount beträgt nur 4 1/2 pCt. und p. Ultimo ist Geld stark über die Nachfrage angeboten, auch ist man lange nicht mehr so wählerisch in Bezug auf die Bonität. Die Speculationspapiere erzielen gegen die gestrigen Schlussnotirungen einige Abwancs und gingen in ganz beträchtlichen Summen um. Während gestern Lombarden das Schöpfend der Speculation waren, traten heute Franzosen an die Spitze des Verkehrs. Für österreichische Creditanleihen war weniger Nachfrage bemerkbar. Oesterreichische Bahnen hatten wieder in den Umsätzen größere Beträge aufzuweisen; namentlich fand in Pardubitzern ein größeres Geschäft zu steigenden Coursen statt; aber auch Galizier und österreichische Nordwestbahn waren belebt, obgleich sie nur ihre gestrigen Notirungen behaupteten. Ein belebter Verkehr fand in österreichischen Renten statt. Oesterreichische Loos-Papiere blieben still. Auch in anderen auswärtigen Fonds blieb das Geschäft beschränkt. Amerikaner fest und in mäßigem Verkehr. Rürten unverändert. Russische Staatsanleihen fest bei rubigem G.-schäft, nur von 4-Anleihen, Bodencredit und Schatzscheinen ging etwas um. In Capitalsanlagewerthen hat der Verkehr stark nachgelassen, die Course behaupteten sich aber gut. Von preussischen Fonds gaben Anleihen etwas nach, in Prioritäten waren nur einzelne von den auch sonst beliebten Devisen lebhaft. Die Stimmung auf dem Eisenbahnen-Markt war abgeschwächt, es fehlte an Kauflust und gaben die Course, besonders einige schwerere Papiere, nach. Görlitzer auch heute sehr beliebt, Rumänen fest, aber ohne Courserhöhung. Während Bahnactien auf Prämie sehr still blieben, wurden Banactien auf Prämie sehr lebhaft gehandelt. Für Banactien im gewöhnlichen Geschäft war die Haltung gerade nicht durch den animirten Charakter, der den Grundton des heutigen allgemeinen Verkehrs bildete, ausgezeichnet. Beliebte Banactien, die sonst gleichsam die Führerschaft für die ganze Gruppe übernehmen, wie Disconto-Commandit und Provinzial-Disconto mußten sogar eine Einbuße erleiden. Einzelne Effecten dieser Gattung waren aber nichtsdestoweniger recht angenehm belebt; hierzu zählen Preussische Bodencredit, Preuss. Credit, Mecklenburg. Hypotheken- und Geraer Unionbank beliebt, Berliner Wechselbank und Central-Gesellschaftsbank sehr beliebt, für Waisbacher Commerzbank fehlten auch heute Abgeber trotz wesentlich erhöhten Course. Berliner Commerz- und Wechselbank (junge Actien) begehrt, Industriepapiere in regem Verkehr, Bergwerke angehend, Brauereien belebt. Rieburger Zucker bedeutend höher, desgl. Chemnitzer Bauverein, für Continent. Pferdebahn, Möpfer, Commerz, Rhein.-Westf. Ind. gute Frage. Wechsel still und unverändert.

B. Stettin, 7. Januar. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: trübe. Temperatur + 7° R. Barometer 28° 4". Wind: SW., stürmisch. — Weizen höher, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 50—52 Thlr. bez., besserer 53—73 Thlr. bez., feiner 74—83 Thlr. bez., pr. Januar 82 Thlr. nom., pr. Frühjahr 83%, 1/2 Thlr. bez., 83% Thlr. Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 83% — 1/2 Thlr. bez., pr. Juli-August 83 Thlr. bez. u. Gld. — Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco ger. 50—54 1/2 Thlr. bez., feiner bis 57 Thlr. bez., pr. Januar u. Januar-Februar 54 1/2 Thlr. bez., pr. Frühjahr 56 1/2, 1/2 Thlr. bez. u. Br., pr. Mai-Juni 56 Thlr. bez. — Gerste beauptet, pr. 2000 Pfd. loco 50—55 1/2 Thlr. bez. — Hafer fest, pr. 2000 Pfd. loco 38—44 1/2 Thlr. bez., pr. Frühjahr 45 1/2 Thlr. bez. — Erbsen still, pr. 2000 Pfd. loco 44—47 Thlr. bez., pr. Frühjahr Futter- 49 1/2 Thlr. bez. — Winterweizen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 10 1/2 Thlr. Br.,



